

Ressort: Politik

Städte wollen "Teilhabejobs" für Hartz-IV-Bezieher

Berlin, 29.12.2014, 01:00 Uhr

GDN - Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform fordert der Deutsche Städtetag, die öffentlich geförderte Beschäftigung durch einfache Jobs wieder auszubauen. "Es gab seit der Hartz-IV-Reform gute Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Doch die Zahl der Langzeitarbeitslosen geht inzwischen kaum noch zurück", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, der Zeitung "Die Welt".

Deshalb müsse es innerhalb der Jobcenter ein eigenständiges Fördersystem für Langzeitarbeitslose geben, und die Angebote öffentlich geförderter Beschäftigung sollten weiter entwickelt und wieder ausgebaut werden. "Wir müssen uns mehr um die rund drei Millionen Menschen kümmern, die Langzeitbezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II sind. Dazu sollten unter anderem sogenannte Teilhabejobs angeboten werden. Durch solche Arbeitsgelegenheiten unterhalb einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung könnte auch jenen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden, die etwa wegen geringer Qualifikation nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt finden", sagte Articus. Gleichzeitig könne man diese Jobs, wie zum Beispiel Hilfsdienste in sozialen Einrichtungen, mit sozialpädagogischer Begleitung verbinden und auch Elemente für eine berufliche Qualifizierung berücksichtigen. Der Städtetags-Hauptgeschäftsführer begrüßte Pläne des Bundesarbeitsministeriums für ein Bundesprogramm zur sozialen Teilhabe, mit dem Beschäftigungsverhältnisse mit Zuschüssen von bis zu 100 Prozent gefördert werden sollen. Dafür sind jährlich 150 Millionen Euro für 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorgesehen: "Das ist ein Schritt zu mehr öffentlich geförderter Beschäftigung, dem weitere folgen müssen." Denn die Mittel des Bundes zur Eingliederung in Arbeit seien zwischen 2010 und 2013 um etwa 40 Prozent von 6,6 auf 3,9 Milliarden Euro reduziert worden. Und das, obwohl die Anzahl der Arbeitslosen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende im gleichen Zeitraum lediglich um 8 Prozent sank.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-47041/staedte-wollen-teilhabejobs-fuer-hartz-iv-bezieher.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619